

Antrag A 07



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

zur 13. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller:
MIT Landesvorstand

Nachhaltige Energiewirtschaft für Deutschland

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die Bundesregierung auf, bei der Erstellung des energiepolitischen Gesamtkonzeptes folgende Punkte unbedingt zu berücksichtigen:

- 1. Energieeffizienz und Ressourcenschonung müssen an oberster Stelle aller Bemühungen um Umwelt- und Klimaschutz stehen. Alle Programme sind an der Einsparung von Primärenergie auszurichten.**
- 2. Jede Energieart und jeder Energieträger muss ohne Subventionen wirtschaftlich sein. Bestehende Subventionen – gleich für welche Energieart – sind zurückzuführen mit dem Ziel der endgültigen Abschaffung.**
- 3. Wir brauchen einen breiten Energiemix. Keine Energieart darf aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden – auch nicht die Kernenergie. Jedes Kernkraftwerk soll solange laufen, wie es wirtschaftlich und sicher ist. Die noch offenen Fragen der Endlagerung sind schnellstens zu klären. Wir halten die Option für den Bau neuer Kernkraftwerke offen.**

Begründung:

Zu 1:

Energieeinsparung ist die größte Energiequelle, die wir in Deutschland haben. Wir können schon heute 40 Prozent unseres Energiebedarfs sparen, ohne auch nur ein Jota Abstriche an unseren Bequemlichkeiten machen zu müssen. Der beste Umweltschutz wird dadurch betrieben, dass wir die Energie erst gar nicht verbrennen.

Maßstab für alle Maßnahmen muss die Einsparung der Primärenergie sein und nicht die alleinige Konzentration auf CO². Es ist höchst umstritten, ob wir mit der Einsparung von

CO² das Klima beeinflussen können. Durch die Einsparung der Primärenergie haben wir das CO² Thema gleich mit behandelt.

Zu 2:

Wir brauchen die erneuerbaren Energien. Aber sie müssen am Ende ohne Subventionen wirtschaftlich sein. Die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) müssen zügig abgebaut werden. Im Jahr 2009 hat der normale Stromverbraucher mit seiner Stromrechnung allein 9 Mrd. € - hauptsächlich für Windenergie und Photovoltaik – bezahlt. In diesem Jahr werden es 12 Mrd. € werden. Bis zum Jahr 2020 werden es insgesamt über 100 Mrd. € sein.

Zu 3:

Es ist Unsinn, in Deutschland ein sicheres Kernkraftwerk zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschalten und stattdessen Atomstrom aus unseren Nachbarländern zu beziehen, deren Kraftwerke nicht unsere Sicherheitsstandards haben.

Die Zusatzgewinne aus den verlängerten Laufzeiten müssen der Grundlagenforschung für erneuerbare Energien, der Forschung im Bereich der flexiblen Netze und der Speichertechnologien sowie dem Verbraucher zu Gute kommen.

Die noch offenen Fragen der Endlagerung sind unverzüglich zu klären. Das Moratorium, mit dem die Forschungsarbeiten in Gorleben zum Ruhen gebracht wurden, ist schnellstens aufzuheben. Die Kernkraftproduzenten sind an den Kosten der Endlagerung nach dem Verursacherprinzip zu beteiligen.

Wenn alle Fragen der Sicherheit einschließlich der sicheren Endlagerung geklärt sind, steht auch dem Bau neuer Kernkraftwerke (wie in Schweden oder Finnland) nichts mehr im Wege.

Votum der Antragskommission:

Annahme